

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Dienstag, 15. Juli 1952

Blatt 1115

Am Freitag Wiener Landtag und Gemeinderat

15. Juli (RK) Freitag, den 18. Juli, um 11 Uhr, tritt der Wiener Landtag und im Anschluß daran der Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung des Landtages stehen zwei, auf der des Gemeinderates vorläufig 133 Geschäftsstücke.

1.061 neue Gemeindewohnungen

Neun Wohnhausprojekte am Freitag im Wiener Gemeinderat

15. Juli (RK) Unter den zahlreichen Geschäftsstücken, mit denen sich der Wiener Gemeinderat am Freitag beschäftigen wird, befinden sich auch die Entwürfe, Kosten und Baubewilligungen für neun neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 1.061 Wohnungen, 10 Geschäftslokalen und einer Trafostation. Die Kosten für diese neuen Bauten, die nach Genehmigung durch den Gemeinderat sofort in Angriff genommen werden, betragen mehr als 70 Millionen Schilling.

Es handelt sich dabei um folgende Projekte:

3. Bezirk: ein städtisches Wohnhaus Ecke Schimmelgasse-Landstraßer Hauptstraße 161 bestehend aus drei Stiegenhäusern mit 49 Wohnungen und 5 Geschäftslokalen. Baukosten 4,300.000 Schilling. Entwurf Magistratsabteilung 19. 3. Bezirk: Jaurèsgasse 5-7, zwei Stiegenhäuser, 41 Wohnungen. Entwurf Architekt Prof. Dr. Erwin Böck. 3,300.000 Schilling. 3. Bezirk: Gerlgasse-Hohlweggasse-Keilgasse. 113 Wohnungen und 1 Geschäftslokal. Entwurf Architekten Schlaiger und Slama. 8,600.000 Schilling.

11. Bezirk: Schneidergasse 5. 15 Wohnungen. Entwurf Zivil-

architekt Heinrich Ried. 1,180.000 Schilling.

13. Bezirk: Veitingergasse-Einsiedeleigasse. 133 Wohnungen. Entwurf Architekten Hermann Kutschera und Otto Grün. 10,200.000 Schilling.

19. Bezirk: Heiligenstädter Straße 165 - Diemgasse-Greiner-gasse, 116 Wohnungen, 2 Geschäftslokale. Architekten Karl Hauschka und Gustav Schüssler. 9,450.000 Schilling. 19. Bezirk: Flotow-gasse-Scherpegasse-Hutweidengasse. 261 Wohnungen, 2 Geschäftslokale. Entwurf Architekten Nadel, Kraft und Schöma. 14,500.000 Schilling. 19. Bezirk: Grinzinger Allee. 313 Wohnungen. Entwurf Architekten Eisler und Schmidt. 17,000.000 Schilling.

24. Bezirk: Jakob Thoma-Straße. Erbauung eines dritten Wohnblockes, 20 Wohnungen und 1 Trafostation. Entwurf Architekt Zajicek. 1,830.000 Schilling.

Linien 61 und 63 über Verkehrsbüroschleife

=====

15. Juli (RK) Von Mittwoch, den 16. Juli, ab Betriebsbeginn bis Freitag, den 18. Juli, bis Betriebsschluß werden wegen Bauarbeiten an der Kreuzung Karlsplatz - Wiedner Hauptstraße und Ablenkung des Fuhrwerksverkehrs über die Friedrichstraße die Züge der Linien 61 und 63 über die Schleife beim Verkehrsbüro geführt.

Der Rechnungsabschluß der Stadt Wien für 1950

=====

15. Juli (RK) Stadtrat Resch legte heute in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Finanzausschusses den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1950 zur Beratung und Beschlußfassung vor. Die Verzögerung der Vorlage hat ihre Ursache in der Überprüfung der Gebarung durch den Rechnungshof, die in der Zeit von Anfang November bis Mitte Dezember 1951 stattgefunden hat. Der Bericht des Rechnungshofes hierüber wurde am 25. April 1952 dem Magistrat übermittelt. Der Stadtsenat hat seine Gegenäußerung hiezu am 24. Juni beschlossen und der Rechnungshof hat auf eine Stellungnahme zu dieser Äußerung verzichtet. Erst damit ist der Rechnungsabschluß für den Gemeinderat vorlagereif geworden.

Der Rechnungsabschluß schließt in seinem ordentlichen und

außerordentlichen Haushalt mit Gesamteinnahmen von 1935 Millionen und Gesamtausgaben von 1869 Millionen, also mit einem Überschuß von 66 Millionen Schilling. Gegenüber dem im Voranschlag vorgesehenen Defizit von 86 Millionen hat sich der Rechnungsabschluß um 152 Millionen Schilling verbessert. Gegenüber dem Voranschlag 1950 sind die Einnahmen um 302 Millionen und die Ausgaben um 150 Millionen gestiegen. Die geringere Steigerung der Ausgaben gegenüber der Steigerung der Einnahmen hat die Verbesserung des Gebarungsergebnisses verursacht. Gegenüber dem Rechnungsabschluß 1949, der einen Überschuß von 129 Millionen ausgewiesen hat, hat sich der Abschluß 1950 verschlechtert. Von dem Überschuß von 66.3 Millionen Schilling sollen 20.9 Millionen Schilling der Wohnbaurücklage und 45.4 Millionen der allgemeinen Rücklage zugewiesen werden. Die Wohnbaurücklage steigt mit Ende des Jahres 1950 auf 86 Millionen Schilling, wurde jedoch bereits im Jahre 1951 bis auf 19 Millionen Schilling verbraucht und wird heuer zur Gänze aufgebraucht werden.

Die ordentlichen Einnahmen haben sich gegenüber dem Voranschlag 1950 bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundessteuern um 153 Millionen Schilling, bei den gemeindeeigenen Steuern und Abgaben um 105 Millionen Schilling und bei den sonstigen Einnahmen um 82 Millionen erhöht. Die wichtigsten Mehreinnahmen bei den eigenen Abgaben weisen die Gewerbesteuer mit 64 Millionen, die Lohnsummensteuer mit 16 Millionen, die Grundsteuer mit 12 Millionen und die Vergnügungssteuer mit 6 Millionen Schilling aus. Die Getränkesteuer ist um 1 Million niedriger eingegangen als veranschlagt war.

Die Gebühren und Betriebsentgelte der technischen Betriebe des Magistrates und der eigenen Anstalten sind um 22 Millionen gestiegen. Nur die Verpflegskosten der Spitäler sind um 3.2 Millionen Schilling hinter dem Voranschlag zurückgeblieben.

Die verschiedenen Ersätze und Beiträge haben um 10 Millionen, die Vermögenseinnahmen um 37 Millionen und sonstigen Einnahmen um 12 Millionen mehr eingebracht als veranschlagt war.

Die außerordentlichen Einnahmen haben um 38 Millionen weniger Erträge gebracht, als im Voranschlag angenommen wurde. Diese Mindereinnahme beruht zur Gänze auf der geringeren Zuteilung von Darlehen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, aus dem der Gemeindeverwaltung statt der erhofften 54 Millionen im Jahre 1950 nur 13.7 Millionen zugewiesen wurden.

Die wichtigsten Änderungen der Ausgaben gegenüber dem Vor-

anschlag sind eine Mehrausgabe im Personalaufwand von 42 Millionen, bei den Bauführungen ein Mehraufwand von 41 Millionen und bei den sonstigen Ausgaben ein Mehraufwand von 38 Millionen. Beim Wohnhausneubau konnten durch zeitweise Beschaffungsschwierigkeiten bei einzelnen Baustoffen, durch den Mangel an Facharbeitern, durch Schwierigkeiten bei der Freimachung von Baugründen, aber auch durch verspätete Rechnungslegung der Firmen 21.5 Millionen des Voranschlages nicht verbraucht werden. Sie wurden, wie gesagt, zur Gänze dem Wohnbaufonds zugewiesen. Dagegen war die Gemeindeverwaltung bemüht, ihren Aufwand bei allen sonstigen arbeitschaffenden Investitionen bedeutend zu steigern. So wurden für die Ersatzvornahmen in privaten Wohnhäusern statt 19 Millionen 31 Millionen ausgegeben, also um 12 Millionen mehr, für die Erhaltung des städtischen Hausbesitzes statt 7.5 Millionen 32.8 Millionen, also um 25 Millionen mehr, für Wohlfahrtsanstalten und Kindergärten um 28 Millionen mehr, für Schulgebäude, Bäder und Sportanlagen um 10 Millionen mehr, für Straßen und Brücken um 15 Millionen mehr und für sonstige Investitionen um 7 Millionen mehr.

Der Schuldenstand der Hoheitsverwaltung der Gemeinde Wien ohne ihre Unternehmungen beträgt mit 31. Dezember 1950 92.5 Millionen Schilling, umgerechnet nach den Kursen der Nationalbank vom 31. Dezember 1950. Er beträgt also nur 4.6 % der Einnahmensumme des Rechnungsabschlusses 1950.

Dem Rechnungsabschluß ist wieder ein Geldinventar angeschlossen, das alle Aktiven an Geld, Wertpapieren, Darlehen und Forderungen der Hoheitsverwaltung, ferner alle Passiven an Verwaltungsanleihen und Darlehensschulden, die Haftungen und Bürgschaften der Gemeinde, die Aktiven und Passiven der Städtischen Unternehmungen und das Inventar der Stiftungen enthält. Ein Mengeninventar weist das gesamte Gemeindegut an Straßen, Brücken, Kanälen, Denkmälern usw., das unbewegliche Gemeindevermögen an Gründen, Forsten, Gebäuden und sonstigen Immobilien und das bewegliche Gemeindevermögen an Maschinen, Apparaten, Werkzeugen, Transportmitteln, sonstigen Inventargegenständen und an Gewerbeberechtigungen aus. Der gesamte Grundbesitz der Gemeinde Wien beträgt rund 45.000 Hektar.

Die Kontrollberichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien enthalten zwar eine größere Zahl von Beanstandungen und Anregungen über Mängel und notwendige Verbes-

serungen in der Verwaltung, weisen aber keine einzige nennenswerte größere Beanständung aus. Der Rechnungshof hat in diesem Jahre auch die Gebarung der der Gemeinde Wien gehörigen Kiba Ges. m.b.H. geprüft und ausdrücklich anerkannt, daß diese Gesellschaft in kaufmännischer Hinsicht erfolgreich und zielstrebig geführt wird und eine sparsame Verwaltung aufweist. Er hat auch bei diesem Unternehmen eine Reihe Beanständungen vorgenommen, die sich in der Hauptsache auf Bauausführungen in den vergangenen Jahren beziehen.

Stadtrat Resch weist zum Schlusse darauf hin, daß dies bereits der dritte Rechnungsabschluß in ununterbrochener Folge ist, der eine aktive Gebarung aufweist und damit zum Ausdruck bringt, daß die Gemeinde stets bestrebt ist, ihre Ausgaben den vorhandenen Einnahmen anzupassen. Die Gemeindeverwaltung bemühe sich, die durch die Erhöhung der Löhne und Preise notwendigen Einsparungen womöglich beim laufenden Verwaltungsaufwand zu erzielen, um die im Interesse des Wiederaufbaues und der Verbesserung und Verschönerung der Einrichtungen unserer Stadt notwendigen Investitionen ohne Kürzungen durchführen zu können.

===== Französische Ehrung für Wiener Kulturschaffende =====

15. Juli (RK) Hochkommissär und Botschafter Payart überreichte am französischen Nationalfeiertag in einer schlichten Zeremonie mit Worten besonderer Herzlichkeit dem Bildhauer Prof. Gustinus Ambrosi, dem Direktor der Albertina Univ. Prof. Dr. Otto Benosch und dem Direktor der Musiklehranstalten der Stadt Wien Reg. Rat Karl Lustig-Prean die Insignien des Ritterkreuzes der Ehrenlegion. Dem feierlichen Akt wohnte Stadtrat Mandl bei.

Aufhebung der Wiener Ladenschlußordnung
=====

15. Juli (RK) Das neue "Landesgesetzblatt für Wien" enthält unter anderem die Kundmachung über die vom Verfassungsgerichtshof aufgehobene "Wiener Ladenschlußordnung 1946". Die Aufhebung ist somit rechtsgültig in Kraft getreten.

Ferner enthält das Landesgesetzblatt eine Verordnung über die Sonn- und Feiertagsruhe im Photographengewerbe und eine Verordnung über die Sonntagsruhe in Milchsondergeschäften.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, Neues Rathaus, und im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien 3., Rennweg 12a, erhältlich.

Der Rechnungsabschluß 1950 der Wiener Stadtwerke
=====

15. Juli (RK) In der heute stattgefundenen gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Finanzausschusses berichtete nach dem Referat des Finanzreferenten Stadtrat Resch der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke.

Das Jahr 1950 stand noch immer im Zeichen der Bewegung in wirtschaftlicher Beziehung. Die Lohn- und Preisspirale zeigte noch immer eine Aufwärtsentwicklung, was darin seinen Ausdruck fand, daß im Oktober des Berichtsjahres das 4. Lohn- und Preisabkommen getätigt wurde und während des Jahres das erste Nachziehverfahren durchgeführt wurde. An Hand der Leistungen gemessen kann jedoch gesagt werden, daß das Jahr 1950 ein durchaus erfolgreiches gewesen ist und eine weitere Aufwärtsentwicklung der einzelnen Unternehmungen mit sich brachte.

Die Jahresrechnung der Wiener Stadtwerke für 1950, dem zweiten Jahr ihres Bestehens, schließt bei 1078.5 Einnahmen und 1118.6 Ausgaben mit einem Verlust von 40.1 Millionen Schilling (lt. Voranschlag 15.1 Abgang). Zuzüglich des Verlustvortrages aus dem Jahre 1949 von 71.6 Millionen Schilling ergibt sich ein Gesamtverlust von 111.7 Millionen Schilling, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Der Jahresverlust von 40.1

Millionen Schilling stammt zu 3.7 Millionen Schilling von den E-Werken, mit 1 Million Schilling von den Gaswerken und mit 35.4 Millionen Schilling von den Verkehrsbetrieben.

Die Vermögensrechnung zum 31.12.1950 weist eine Bilanzsumme von 1.364.5 Millionen Schilling (im Vorjahr 1.047.5 Millionen Schilling) aus. Nach Abzug des Verlustvortrages 1949 von 71.7 Millionen Schilling und des Verlustes aus dem Geschäftsjahr 1950 von 40.1 Millionen Schilling verbleibt ein Rohvermögen von 1.252.7 Millionen Schilling (975.8 Millionen Schilling). Davon entfallen auf Anlagevermögen 702.5 Millionen Schilling = 56 % (541.3 Millionen Schilling = 55.5 %), auf Umlaufvermögen 550.2 Millionen Schilling = 44 % (434.4 Millionen Schilling = 44.5 %). Diesen Vermögenswerten steht ein Eigenkapital von 272.4 Millionen Schilling = 22 % (221.8 Millionen Schilling = 22.7 %) und Schulden von 980.3 Millionen Schilling = 78 % (754 Millionen Schilling = 77.3 %) gegenüber. Das Anlagevermögen ist somit nur zu rund 39 % (41 %) durch Eigenmittel gedeckt.

Besonders hervorgehoben muß werden, daß die Beitragsleistung der E- und Gaswerke an die Verkehrsbetriebe von zusammen 30 Millionen Schilling, die im Jahre 1950 erstmalig auftritt, in den Aufwands- und Ertragsziffern der Erfolgsrechnung der Wiener Stadtwerke nicht enthalten ist, da es sich um gegenseitige Überweisungen von Teilunternehmungen einer städtischen Unternehmung handelte, die in der Gesamterfolgsrechnung kompensiert werden konnten.

Die günstigere Gestaltung des Gebarungsergebnisses pro 1950 im Vergleich zu 1949 um rund 31.5 Millionen Schilling geht im wesentlichen auf günstigere Einnahmen in Auswirkung der neuen Tarife und auf den Entfall der pro 1949 verrechneten Aufwertung der Fremdwährungsanleihen-Restschulden zurück, denen der Mehraufwand von 43 Millionen Schilling bei den Löhnen und Gehältern und von 46.3 Millionen Schilling beim Pensionsaufwand sowie die für 1950 erstmals verrechnete steuerbegünstigte Absetzung für Abnutzung von allein rund 90.7 Millionen Schilling gegenüberstehen, wobei nur von der Möglichkeit einer bücherlichen Nachweisung der dreifachen Afa Gebrauch gemacht wurde.

Der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurde ein Betrag von rund 159.1 Millionen Schilling zugeführt. Das in der Dröffnungsbilanz vom 1. Jänner 1949 ausgewiesene Kapital von 293.5 Millionen Schilling erfährt eine Erhöhung um 90.7 Millio-

15. Juli 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1122

nen Schilling (Erneuerungsrücklage), sodaß sich ein Eigenkapital vor Abzug des Vorjahres - und des Berichtsjahresverlustes von 384.2 Millionen Schilling ergibt, während es sich nach Abzug der beiden Jahresverluste auf nur 272.4 Millionen Schilling beläuft. Es ergibt sich somit rechnermäßig neuerlich ein erheblicher Kapitalsverzehr, wenn auch außer Frage steht, daß das Kapitalkonto infolge der Unterbewertung des Anlagevermögens nicht den wahren Wert ausweist, was nach wie vor Aufgabe einer kommenden Schilling-Eröffnungsbilanz sein wird.

Der Personalstand beläuft sich bei den Wiener Stadtwerken auf 20.355 Aktive gegen 20.580 Aktive per Ende 1949. Es ist somit eine Personalverringerung um 225 Personen eingetreten, die sich wie folgt verteilt: 87 E-Werke, 66 Gaswerke und 72 Verkehrsbetriebe. Hingegen weist der Stand der Pensionsparteien von 16.613 pro Ende Dezember 1949 eine Steigerung um 453 Pensionsparteien auf 17.066 auf, die sich mit 74 auf die E-Werke, mit 47 auf die Gaswerke und mit 332 auf die Verkehrsbetriebe verteilen.

Es entfallen somit auf 20.355 Aktive 17.066 Pensionsparteien, wobei das Verhältnis bei den Verkehrsbetrieben am krassesten ist, wo auf 13.653 Aktive 12.437 Pensionisten (im Vorjahr 13.725 Aktive auf 12.105 Pensionsparteien) entfallen.

Während bei den E-Werken und bei den Verkehrsbetrieben im Zuge des 4. Lohn- und Preisübereinkommens im Oktober 1950 neue Tarife in Kraft traten, ist eine Regulierung bei den Gaswerken infolge einer Subvention des Gaspreises seitens der Bundesregierung unterblieben. Die Subventionierung des Gaspreises erfolgte für die Zeit vom 1. August 1950 bis 31. März 1951, während die Regulierung des Gaspreises sodann erst im Zuge des 5. Lohn- und Preisübereinkommens gemeinsam mit E-Werk und Verkehrsbetrieben im August 1951 vorgenommen wurde.

Im Anschluß referierte Stadtrat Dkfm. Nathschläger auch über die Rechnungsabschlüsse 1950 des Brauhauses der Stadt Wien, der Städtischen Bestattung und der Gewista.

Schweinehauptmarkt vom 15. Juli
=====

15. Juli (RK) Neuzufuhren: 4310 inländische Fleischschweine, 280 jugoslawische Fleischschweine, 194 jugoslawische Fettschweine. Gesamtauftrieb 4784. Verkauft wurde alles. Kontumazanlage 1610 inländische Fleischschweine.

Bei anfangs ruhigem, später lebhaftem Marktverkehr verbilligten sich Schweine zweiter und dritter Qualität um 20 bis 30 g, Zuchten bis 50 g. Prima Schweine behaupteten sich gegenüber dem vorwöchigen Hauptmarktpreisen.

Parathyphus im Kinderheim Lehenhof
=====

15. Juli (RK) Das Wiener Jugendhilfswerk führt in Neustift bei Scheibbs das Kindererholungsheim Lehenhof. In diesem Heim ist der Wirtschaftsleiter an Parathyphus erkrankt. Die Landessanitätsbehörde hat gleichzeitig an einem Kind einwandfrei Parathyphus festgestellt. Bei sechs weiteren Kindern besteht Verdacht auf Parathyphus. Die sieben Kinder wurden in das Krankenhaus Scheibbs gebracht und über das Heim strengste Quarantäne verhängt. Die erkrankten Kinder sind fieberfrei, auch ihr sonstiges Befinden wird von den Ärzten als gut bezeichnet. Die in dem Heim untergebrachten 148 Kinder hätten heute nach ihrem vierwöchigen Aufenthalt wieder nach Wien zurückkehren sollen. Durch die Erkrankungen verbleiben sie ungefähr zwei Wochen länger in der Anstalt.

Die Landessanitätsbehörde hat festgestellt, daß die hygienischen Anlagen im Lehenhof vollständig in Ordnung sind.

Gigantisches Hochhausprojekt der Gemeinde Wien
=====

Die weitere Verbauung des Heu- und Strohmarktes

15. Juli (RK) Bei der Gleichenfeier für den ersten Bauteil der großen städtischen Wohnhausanlage am Heu- und Strohmarkt beim Margaretengürtel, über welchen Bau die "Rathaus-Korrespondenz" bereits gestern die technischen Einzelheiten bekanntgab, hielt der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen, Thaller, heute eine Rede, in der er interessante Hinweise auf die dort von der Gemeinde Wien geplante weitere Verbauung gab.

Danach hat sich die Gemeinde Wien entschlossen, dort das bisher höchste Wohnhaus von Wien zu errichten. Es wird nicht weniger als 20 Geschoße hoch sein und insgesamt 108 Wohnungen enthalten. Das unterste Geschoß wird zur Gänze von Geschäftslokalen eingenommen werden. Darüber türmen sich 18 Wohngeschoße und darauf kommt noch ein Atelierstockwerk. Im Hochhaus werden sich auch drei Aufzugsanlagen, darunter zwei Schnellaufzüge, befinden. Auch ist eine Zentralheizung nach dem System der Ventilationsheizung vorgesehen. Eine weitere Neuerung bei diesem Bau ist auch die Müllabfuhr. Der Müll kann von den Wohnparteien mühelos durch Müllabfuhrschächte entleert werden. Dieser Müll wird in einer geschlossenen Halle gesammelt und von dort mit einem eigenen Wagen abgeführt.